Wahl: Teil zwei der Kandidaten-Befragung

BUNDESTAG Direktbewerber im Wahlkreis 24 (Norden-Aurich-Emden) geben Auskunft – Stellungnahmen zu Regional-Fragen

Wahlkampf befindet sich auf der Zielgeraden. Endspurt für alle Bewerber.

NORDEN/MM – Die ersten vier Fragen der KURIER-Redaktion haben sieben Bewerber um das Direktmandat im Wahlkreis 24 (Norden-Aurich-Emden) bereits in der gestrigen Ausgabe beantwortet. Heute folgen die Antworten auf weitere vier Fragen, die sich richten an: Reinhard Hegewald (Emden, CDU), Johann Saathoff (Krummhörn, SPD), Garrelt Agena (Krummhörn, Bündnis 90/Die Grünen), Marcus Stahl (Großefehn, Linke), Uwe Reiner Ewen (Zwischenahn, FDP), Michael Berndt (Norden, Piraten) sowie Ahlrich Bartels (Großheide, Freie Wähler).

Die Bundestagswahl findet am nächsten Sonntag statt. Die Wahllokale sind, wie üblich, von 8 bis 18 Uhr geöffnet. Das Ergebnis im Wahlkreis 24 wird voraussichtlich gegen 21 Uhr vom Wahlleiter Landrat Harm-Uwe Weber im Auricher Kreishaus verkündet.

Reinhard Hegewald.

Johann Saathoff.

Garrelt Agena.

Marcus Stahl.

Uwe Reiner Ewen.

Michael Berndt.

Ahlrich Bartels.

Der Bürgerentscheid im Juni hat den geplanten Bau einer Zentralklinik für den Landkreis Aurich und die Stadt Emden in Georgsheil gestoppt. Wie bewerten Sie diese Entscheidung im Rückblick? Ärzte fü die medizinische Versorgung im ländlichen Raum zu gewinnen, ist schwierig. Welche Entwicklung muss das Gesundheitswesen im nördlichen Ostfriesland nehmen?

REINHARD HEGEWALD, CDU: Ich akzeptiere den Bürgerentscheid. Die Menschen in unserem Wahlkreis wollen ihre drei Krankenhäuser behalten. Nun muss die Kommunalpolitik ergebnisoffen diskutieren, wie die Häuser wirtschaftlicher betrieben werden können und dies auf einem hohen Qualitätsniveau. Dabei sollte niemand den Fehler machen, irgendeine Lösung von vornherein auszuschließen. Für eine bessere Ärzteversorgung auf dem Lande wollen wir wirkungsvollere Anreize schaffen, damit sich mehr Ärzte bei uns niederlassen.

JOHANN SAATHOFF, SPD: Das Ergebnis des Bürgerentscheids ist natürlich zu respektieren. Ich habe daraus das Fazit gezogen, dass die Bürgerinnen und Bürger sich den Erhalt der drei Standorte wünschen. Jetzt gilt es, ein Konzept für die Zusammenarbeit zwischen diesen Standorten zu entwickeln, später vielleicht gar eine gesamtostfriesische Lösung zu finden. Eins ist aber ganz klar: ich bin aus Respekt vor der schweren Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter strikt gegen eine Privatisierung der Kliniken.

GARRELT AGENA, Grüne: Ich bin ein Befürworter der Zentralklinik. Ich hoffe, dass die Geschäftsführer der Trägergesellschaft nun ein tragfähiges Konzept für die drei Standorte entwickeln. Das Vergütungssystem für Krankenhausleistungen darf nicht zum Ausbluten ländlicher Kliniken führen. Dafür müssen wir sorgen. Ärztlicher Nachwuchs braucht attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen. Die medizinische Versorgung im ländlichen Bereich muss durch finanzielle Anreize und durch ein angepasstes Honorarsystem gewährleistet werden.

MARCUS STAHL, Linke: Die Bürger haben sich zu Recht gegen die Zentralklinik gewehrt. Die Linke fordert seit Jahren einen Klinikverbund unter Erhaltung aller drei Standorte. Dafür müssen aber vom Land die notwendigen Investitionen finanziert und weitere Hemmnisse beseitigt werden. Um den Hausärztemangel zu beseitigen, muss es die Einrichtung von Arztpraxen unter Beteiligung der Kommunen geben. Auch müssen die Rahmenbedingungen für die Gesundheitsversorgung dem Bedarf angepasst werden.

UWE REINER EWEN, FDP: Eine wohnortsnahe Krankenhausversorgung muss gewährleistet sein. Für die Anwerbung von Ärzten im ländlichen Raum wäre ein Lehrkrankenhaus förderlich. Zudem muss das Gesundheitsministerium Anreize schaffen, das Ärzte in ländliche Regionen gehen, zum Bespiel Förderungen bei der Ausstattung von Praxen oder Studienstipendien mit der Verpflichtung, sich im ländlichen Raum niederzulassen. Für unsere Krankenhäuser brauchen wir für Patienten und Personal schnell ein Konzept und Klarheit, wohin es geht.

MICHAEL BERNDT, Piraten: Die Entscheidung ist zu respektieren. Gesundheitsvorsorge ist Daseinsvorsorge, die in die öffentliche Verantwortung gehört und nicht in die von gewinn- orientierten Privatunternehmen. Die ländliche hausärztliche Versorgung muss durch Weiterbildungskonzepte mit der Möglichkeit des Quereinstiegs gestärkt werden. Der ländliche Raum muss für Ärzte und ihre Familienmitglieder attraktiv sein. Die Bereitstellung von Praxisräumen könnte auch mit Zuschüssen für Umbauten unterstützt werden.

AHLRICH BARTELS, FW: Eine wohnortnahe, flä chendeckende Versorgun mit freiberuflichen Hau und Fachärzten ist gerad für ältere Menschen un Familien wichtig, ebens ein leistungsstarker No und Rettungsdienst sow Krankenhäuser, die sich erreichbarer Nähe befi den. Wir müssen Anrei schaffen und den ländl chen Raum attraktiver g stalten, um Ärzte zu we ben. Außerdem setzen si die Freien Wähler für de weiteren Ausbau der Tel medizin ein.

Was sagen Sie einem Autobesitzer, der sich im Jahr 2012 ein neues Dieselfahrzeug zugelegt hat? Halten Sie Fahrverbote für Dieselfahrzeuge für gerechtfertigt? Elektrofahrzeuge verfügen über eine gering Reichweite: Wie wollen Sie Autofahrer vom Kauf eines Elektrofahrzeugs überzeugen?

HEGEWALD, CDU: Die gegenwärtige Diskussion verursacht für viele Dieselfahrer auch in Ostfriesland bedauerlicherweise einen immensen Wertverlust. Dabei brauchen wir den Diesel noch länger. Er muss aber durch technische Weiterentwicklung noch viel effizienter und

SAATHOFF, SPD: Die Autobesitzersindbetrogenworden, da die versprochenen Abgaswerte nicht erreicht werden. Die Anpassung der Software, wenn nötig auch die Hardwareumrüstungen, müssen auf Kosten der Autoindustrie erfolgen. Die Arbeitnehmer in den Werken dürfen nicht für die

AGENA, Grüne: Fahrverbote sind keine Lösung. Wir müssen die Hersteller verpflichten, die Fahrzeuge auf eigene Kosten so auszustatten, dass sie den Gesetzen entsprechen. Wir wollen eine Kaufprämie von 6000 Euro und über eine Änderung der Kfz-Steuer den Umstieg auf E-Autos fördern.

STAHL, Linke: Die Automobilindustrie muss generell verpflichtet werden, auf ihre Kosten die lange schon vorhandenen teuren, aber wirksamen Abgasreinigungsverfahren in Diesel-Pkw einzubauen. Es ist den Betrogenen nicht zuzumuten, dass sie für ihr Recht klagen müs-

EWEN, FDP: Die FDP fordert die Entschädigung der Käufer, eine kostenlose Hardwarenachrüstung und die Verfolgung krimineller Machenschaften zum Nachteil von Kunden und Umwelt. Es gibt schon E-Fahrzeuge mit guter Reichweite. Es fehlt aber die Ladeinfrastruktur und

BERNDT, Piraten: Der Skandal wird nach geltendem Recht aufgearbeitet. Die drei großen Autokonzerne haben 2016 einen Gewinn vor Steuern von 30 Milliarden Euro gemacht, dennoch ist die Bereitschaft zur ausreichenden Nachrüstung nicht erkennbar. Hätte Daimler seit vielen Jahren ein Mit-

BARTELS, FW: Die Ve braucher dürfen nic unter dem Fehlverhalte der Automobilbranc leiden. Die Autoherstell sollten dazu verpflicht werden, Dieselfahrzeu nachzurüsten, um Di selfahrverbote zu verhi dern. Elektroautos n guter Reichweite gibt e